



WOCHENRÜCKBLICK



Die neue KLARTEXT ist da!

Die neue KLARTEXT ist da!

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



**STEPHAN
BRANDNER**

Aktuelle Videos



Bürgerdialog in Ahrensfelde





Interviews im Deutschen Bundestag



Besuchergruppen Lars Haise und Ingo Hahn



Bürgerdialog in Gera



**STEPHAN
BRANDNER**

Weihnachtsfeier KV Greiz



**STEPHAN
BRANDNER**

Rückblick auf die Plenarwoche, 25.11.2025

Der Bundestag hat zu Beginn der viertägigen abschließenden Beratung des Bundeshaushalts 2026 (21/600, 21/602) am Dienstag, **25. November 2025**, in zweiter Beratung ohne Aussprache den Einzelplänen 01 des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamtes, 02 des Deutschen Bundestages und 03 des Bundesrates zugestimmt. Der Einzelplan 01 wurde bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen, der Einzelplan 02 gegen die Stimmen der AfD-Fraktion. Einstimmig beschlossen wurde hingegen der Einzelplan 03. Zur Abstimmung lagen Beschlussempfehlungen des Haushaltsausschusses vor (21/2061, 21/2062).

Der Einzelplan 01 des **Bundespräsidenten** und des **Bundespräsidialamtes** sieht Ausgaben von 67,39 Millionen Euro wie bereits im Regierungsentwurf vor. Für 2025 waren Ausgaben von 58,94 Millionen Euro vorgesehen. Die Einnahmen liegen bei 103.000 Euro wie bereits in diesem Jahr.

Der Einzelplan 02 des Deutschen Bundestages umfasst nach Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss (21/2002, 21/2061) 1,28 Milliarden Euro gegenüber 1,25 Milliarden Euro im Regierungsentwurf. Auch im laufenden Jahr stehen dem **Bundestag** 1,25 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Einnahmen summieren sich wie im Regierungsentwurf auf 2,34 Millionen Euro (2025: 2,21 Millionen Euro).

Für den **Bundesrat** sind wie im Regierungsentwurf Ausgaben von 40,97 Millionen Euro eingeplant gegenüber 38,52 Millionen Euro im laufenden Jahr. Die Einnahmen betragen wie im Regierungsentwurf 51.000 Euro (2025: 81.000 Euro). (vom/25.11.2025)

Der Bundestag hat am Dienstag die Etats des Bundesministeriums der Finanzen angenommen. Für den Etat des Finanzministeriums stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, dagegen die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Eröffnet wurde die Debatte von Dr. Michael **Espendiller** (AfD). Er malte ein düsteres Bild: „**Mit dem Bundeshaushalt 2026 hinterlassen Friedrich Merz und Lars Klingbeil Deutschland als fiskalpolitisches Trümmerfeld, das für die nächsten Jahre fest in einer gigantischen Schuldenspirale stecken wird, aus dem es kein Entkommen mehr geben wird.**“

Gegen den Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für 2026 in zweiter Beratung stimmte die AfD. Die Ausgaben im Einzelplan 09 fallen nach dem Beschluss des Haushaltsausschusses im Jahr 2026 mit 5,90 Milliarden Euro (2025: 9,02 Milliarden Euro) deutlich geringer aus als im Regierungsentwurf (21/600, 21/602) vorgesehen.

Den Etat des Bundesministeriums für **Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat der Bundestag am Dienstag ebenfalls angenommen. Dem Einzelplan 17 des Regierungsentwurfs für das Haushaltsgesetz 2026 stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zu, die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnten ihn ab. Obwohl Deutschland „vor einer demografischen Katastrophe steht“, biete die Bundesregierung „nicht eine nennenswerte Entlastung für die arbeitende Mitte, für die Familien in unserem Land“, sagte Julian **Schmidt** (AfD) zu Beginn der Debatte. Stattdessen plane sie eine Rentenreform, die diese jungen Menschen noch zusätzlich belastet, die eigentlich für die zukünftigen Beitragszahler sorgen müsse. „Das ist nicht sozial. Das ist nicht gerecht. Das ist einfach nur verantwortungslos“, befand der AfD-Abgeordnete.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben den Etat des neu eingerichteten Bundesministeriums für **Digitales** und Staatsmodernisierung (BMDS) am Donnerstag, 25. September 2025, nach einer 90-minütigen Debatte nach zweiter Beratung angenommen. Dem Einzelplan 24 des Regierungsentwurfs für das Haushaltsgesetz 2026 (21/600, 21/602) stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zu, die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnten ihn ab. Digitalminister Karsten Wildberger (CDU) kann somit im Jahr 2026 mit 1,36 Milliarden Euro für seine digitalpolitischen Vorhaben rechnen.

Robin Jünger (AfD) zeigte sich zu Beginn der Debatte enttäuscht vom Haushaltsentwurf. Dieser sei nichts weiter als „ein Platzhalter“. Das Kabinett formuliere große Versprechen, schaffe aber nicht die Grundlage dafür, dass diese erfüllbar würden, sagte Jünger mit Blick auf die Energiepolitik.



Rückblick auf die Plenarwoche, 26.11.2025

Zusammen mit heftigen Angriffen auf Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und auf die Arbeit der Koalition von Union und SPD hat die Co-Fraktionsvorsitzende der AfD, Dr. Alice **Weidel**, in der Generalaussprache des Deutschen Bundestages zum Haushaltsentwurf 2026 am Mittwoch, einen „Deutschland-Plan“ vorgestellt. Weidel sprach von einer „Koalition im Endstadium“. Die Sozialsysteme würden unfinanzierbar. 50.000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie seien weggefallen, die Zahl der Insolvenzen werde steigen. Merz warf sie vor, „jedes einzelne Wahlversprechen gebrochen“ und sich mit der Brandmauer zum „Gefangenen der linken Einheitsfront“ gemacht zu haben. Zum Deutschland-Plan gehört nach Angaben von Weidel unter anderem eine sofortige Beendigung des gescheiterten Experiments der Energiewende und ein Wiedereinstieg in die Kernkraft. Zu den weiteren Forderungen gehören neben der ausnahmslosen Zurückweisung aller Illegalen an den Grenzen und die Umstellung von Leistungen für Asylbewerber auf Sachleistungen.

Der Bundestag hat den Etat für das Bundesministerium für **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** im Jahr 2026 am Mittwoch in zweiter Beratung angenommen. Für die AfD erneuerte Rocco Kever die Forderung seiner Fraktion, das Entwicklungsministerium abzuschaffen, da es „ohne messbaren Mehrwert für Deutschland“ Steuergeld „für ineffiziente Projekte und dubiose NGO-Strukturen“ verbrenne. 800 Millionen Euro sollten nach Ansicht der AfD ins Auswärtige Amt für humanitäre Hilfe und das Welternährungsprogramm umgeschichtet werden, weitere 1,2 Milliarden Euro ins Wirtschaftsministerium, um Deutschland Rohstoffe im Ausland zu sichern und Infrastrukturpartnerschaften sowie handelsbezogene Kooperationen zu stärken.

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch außerdem den Haushalt des **Auswärtigen Amtes** für 2026 in zweiter Lesung angenommen. Markus **Frohnmaier** (AfD) beklagte in der Debatte einen „NGO-Filz“ und eine „linke Günstlingswirtschaft“. Das Auswärtige Amt „betreibe keine Realpolitik im deutschen Interesse“, sondern sei zu einer „woken Weltverbesser-Agentur verkommen“.

Deutschlands **Verteidigungsausgaben** steigen im kommenden Jahr auf 108,2 Milliarden Euro und damit auf einen erneuten Höchststand seit Ende des Kalten Krieges. Das sieht der Etat für das Bundesministerium der Verteidigung im Bundeshaushaltsgesetz 2026 (21/600, 21/602) vor, den der Bundestag am Mittwoch, 26. November 2025, nach 90-minütiger Debatte in zweiter Beratung angenommen hat. Dafür stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, dagegen die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Die Ausgaben verteilen sich auf den regulären Wehretat (Einzelplan 14 des Bundeshaushalts) mit 82,69 Milliarden Euro (2025: 62,31 Milliarden Euro) und die Ausgaben aus dem Sondervermögen Bundeswehr mit 25,51 Milliarden Euro im Regierungsentwurf (2025: 24,06 Milliarden Euro).

Thomas **Ladzinski** (AfD) kritisierte, dass rund die Hälfte der etwa 108 Milliarden Euro für Verteidigung durch Schulden finanziert würden. Rund 39 Milliarden Euro würden durch die Bereichsausnahme bei der Schuldenbremse für den Wehretat aufgebracht, weitere 26 Milliarden würden aus dem Sondervermögen fließen. Auf Dauer werde Deutschland so finanziell „handlungsunfähig“. Die Verteidigungsausgaben müssten wieder aus dem Kernhaushalt finanziert werden, forderte der Abgeordnete.

Ladzinski monierte zudem die im Bundeshaushalt eingeplanten Unterstützungsleistungen für die Ukraine von mehr als elf Milliarden Euro. Die Prioritäten der Bundesregierung lägen offensichtlich nicht beim Steuerzahler, der sein „letztes Hemd“ für Ukraine ausgeben solle. Ebenso wandte er sich gegen die weitere Abgabe von Waffensystemen aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine. Für seine Luftverteidigung verfüge Deutschland inzwischen über weniger Patriot-Systeme als vor Beginn des Ukraine-Krieges.



Rückblick auf die Plenarwoche, 27.11.2025

Das Parlament hat am Donnerstag den Etat des Bundesministeriums des **Innern** für 2026 angenommen.

Martin **Hess** (AfD) wandte sich gegen Dobrindts Darstellung, dass es eine „Migrationswende“ in Deutschland gebe. So befänden sich in Deutschland mehr als 930.000 abgelehnte Asylbewerber. Dies sei keine Migrationswende, sondern „staatliches Totalversagen“. Die „verfehlte Migrationspolitik“ sei auch für die „massive Verschlechterung“ der Sicherheitslage in Deutschland verantwortlich.

Der Bundestag hat an diesem Tag ebenfalls den Etatentwurf 2026 für das Bundesministerium der **Justiz** und für Verbraucherschutz angenommen.

Stephan Brandner (AfD) nahm in seiner Rede dazu noch einmal Themen wie die Wahl der Verfassungsrichter und weisungsgebundener Staatsanwaltschaften auf. Er sagte: „ Wo sind die Ermittlungsverfahren und Anklagen, Verurteilungen gegen Merkel, die millionenfachen Rechtsbruch in Deutschland zu verantworten hat? Wo sind Ermittlungsverfahren und Anklagen, Verurteilungen gegen Lauterbach, Spahn und Co. wegen denkbarer Impfdelikte, wegen toter, wegen lebenslänglich leidenden Impfpfern, wegen veruntreutem Steuergeld und Korruption? Nichts passiert, alles Fehlanzeige dank der Ihren Weisungen unterliegenden Staatsanwaltschaften. Jeder Beamte wird zur Rechenschaft gezogen, wenn er Fehlentscheidungen trifft. Das gilt für Minister nicht: Milliarden in den Sand gesetzt durch Spahn, Hunderte Millionen in den Sand gesetzt durch Scheuer . Das wird überhaupt nicht verfolgt.“

Gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag den Etat des Bundesministeriums für **Gesundheit** für das Jahr 2026 in zweiter Beratung angenommen. Martin **Sichert** (AfD) warnte die Bundesregierung nachdrücklich davor, Gesundheitspolitik gegen den Willen der Bevölkerung zu machen. Eine aktuelle Umfrage aus Sachsen-Anhalt zeige, dass Gesundheit das wichtigste Thema für Wahlentscheidungen der Bürger sei. In Anspielung auf eine kontroverse Debatte über Medikamente für hochaltrige Menschen warf Sichert der Union vor, den Senioren wichtige Arzneimittel verwehren zu wollen. Das sei menschenverachtend.

Den Etat des Bundesministeriums für **Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen** für 2026 hat der Bundestag am Donnerstag, 27. November 2025, nach 90-minütiger Aussprache in zweiter Beratung angenommen. Dafür stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, dagegen votierten die Oppositionsfraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Der Einzelplan 25 des Bundeshaushalts 2026 (21/600, 21/602) sieht in der vom Haushaltsausschuss beratenen Fassung (21/2061, 21/2062, 21/2063) Ausgaben in Höhe von 7,75 Milliarden Euro (2025: 7,37 Milliarden Euro) vor. Im Vergleich zum Regierungsentwurf (7,6 Milliarden Euro) ist dies ein Zuwachs von 150,13 Millionen Euro für das Ministerium von Bundesministerin Verena Hubertz (SPD).

AfD sieht eigene Vorschläge aufgenommen

In der Debatte erkannte Thomas **Ladzinski** (AfD) lobend an, dass Vorschläge auch der AfD bei den Haushaltsberatungen aufgenommen worden seien, wie zum Beispiel die verbesserte Förderung des genossenschaftlichen Wohnens. Aber die Schaffung von selbstgenutztem Wohnungseigentum genieße in der Koalition immer noch nicht den Stellenwert, der erforderlich wäre, um auch wohnungspolitisch den sozialen Problemen wie Altersarmut und Kinderarmut etwas entgegenzusetzen.

Zur erhöhten Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Städtebaumittel sagte Ladzinski, der Abruf dieser Mittel setze eine Kofinanzierung von Ländern und Gemeinden voraus, die das Geld dafür nicht hätten.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche, 28.11.2025

Der Bundestag hat am Freitag den Etatentwurf des Bundesministeriums für **Arbeit** und **Soziales** angenommen. In der Debatte warnte René **Springer** (AfD) vor einem Kollaps des Systems. Allein die Ausgaben für das Bürgergeld würden über 50 Milliarden Euro betragen, was zehn Prozent des gesamten Bundeshaushalts entspreche. Die Hälfte der Ausgaben fließe an Nichtdeutsche. „Eine Regierung, die 700.000 Ukrainer, 500.000 Syrer, 200.000 Afghanen und 100.000 Irakern Bürgergeld, Krankenversicherungen und kostenlose Wohnungen finanziert und dafür den eigenen Bürger gnadenlos abkassiert, muss abgewählt werden“, forderte Springer.

Insgesamt kann der Bund **2026** 524,54 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 21,54 Milliarden Euro mehr als 2025 und ist zugleich ein Plus von 4,4 Prozent im Vergleich zum Regierungsentwurf (520,48 Milliarden Euro). Für Investitionen sind 58,35 Milliarden Euro ausgewiesen (2025: 62,73 Milliarden Euro) – 2,23 Milliarden Euro mehr als im Entwurf geplant. Für die kommenden Haushaltsjahre sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 449,91 Milliarden Euro vorgesehen – ein Plus von 18,93 Milliarden Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf.

Die Nettokreditaufnahme liegt bei 97,96 Milliarden Euro liegen – rund acht Milliarden Euro höher als von der Bundesregierung geplant. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben werden mit 387,21 Milliarden Euro veranschlagt (2025: 386,84 Milliarden Euro) und liegen damit 3,38 Milliarden Euro über dem von der Regierung ursprünglich angenommenen Wert.

.In seiner abschließenden Rede sagte Stephan **Brandner** folgendes:

„Einen kompletten Alternativhaushalt haben wir unter der Führung von Michael Ependiller vorgelegt. Würde dieser Alternativhaushalt angenommen, würden die Ausgaben in Deutschland um rund 125 Milliarden Euro gesenkt. Die alte Schuldenbremse, die Sie zu Beginn der Wahlperiode mit einem Finanzputsch unter Absingen schmutziger Lügenlieder ausgemerzt hatten, würden wir einhalten. Der Bundeshaushalt 2026 – Ihr Haushalt, nicht unser Haushalt, das möchte ich noch mal klarstellen – steht kurz vor der Verabschiedung. Die Untergangsspirale dreht sich immer weiter. Man könnte sagen: „Ja, gut, wenn das für deutsche Interessen, für den deutschen Bürger wäre, dann ist das in Ordnung.“ Ist es aber nicht. Nur ein Bruchteil davon kommt beim deutschen Bürger an. Was passiert mit dem Geld? Zig Milliarden Euro sind direkt oder indirekt für Waffen und für die Ukraine vorgesehen. Zig Milliarden Euro – 1 Milliarde Euro pro Woche – wird an die Europäische Union überwiesen. Zig Milliarden Euro für Multikulti, für Vielfaltswahn, verbunden mit dem Dank der hier Hereingeholten mit Hunderttausenden von Verbrechen, die begangen werden, der Kanzleramtsanbau ist ein Milliardenbau, das Bundespräsidentenschlösschen ein Millionenbau; der Bundestag wird teurer, obwohl er weniger Abgeordnete hat und, und, und: Sie sind nicht in der Lage, zu sparen. Sie wollen nicht sparen.“



Unsere nächsten Termine

Herzliche Einladung zur Weihnachtsfeier des AfD-Kreisverbands Traunstein

Samstag, 6.12.25, 17:00 Uhr.
Anmeldung über info@afd-traunstein.de



Stephan Brandner

Parlamentarischer Geschäftsführer
mit Bericht aus der Fraktion

Dr. Christoph Birghan

Kreisverband
Traunstein

AfD

**Stephan Brandner
zu Gast im Allgäu!**

Peter FELSER
Parlamentarischer Geschäftsführer
AfD-Fraktion im Bundestag

Stephan Brandner
Mitglied des Bundestags
Stellv. Bundessprecher der AfD

Wolfgang PLACH
Landratskandidat im Oberallgäu
Vorsitzender AfD Allgäu

AUFTAKT ZUR KOMMUNALWAHL '26
SONNTAG, 7. DEZEMBER UM 19 UHR
RÖSSLE-SAAL ALTUSRIED St.-Georg-Straße 2
87463 Dietmannsried

**Komm, wir retten
unsere Heimat!**

KOMMEN SIE
VORBEI!
Eine Anmeldung ist
nicht erforderlich.

AfD

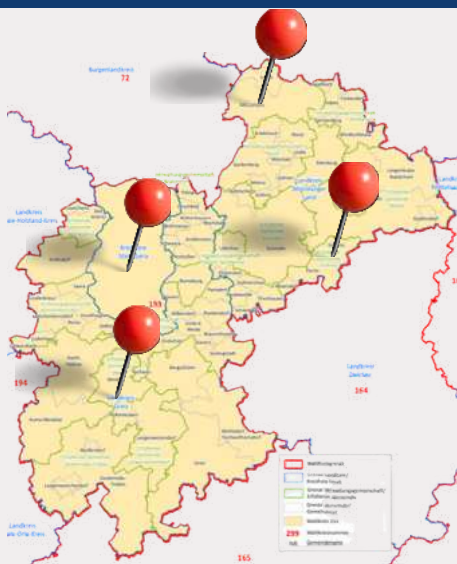


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de

Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

